№. 34. 1850.

Lausitzer Zeitung

für

Tagesgeschichte und Unterhaltung

nebst

Görlitzer Nachrichten.

Vierteljähriger Abonnements-Preis: für Görlitz 12 sgr. 6 pf., innerhalb des ganzen Preußischen Staats incl. Porto-Aufschlag 15 sgr. 9 pf.

Erscheint wöchentlich dreimal, Dinstag, Donnerstag und Sonnabend. Insertions-Gebühren für den Raum einer Petit-Zeile 6 pf.

Görlitz, Dinstag den 19. März 1850.

Frankreich und seine Parteien.

Schwerer als je ist es im gegenwärtigen Augenblicke, selbst nur annähernd bestimmen zu wollen, welche Lösung die beiden großen Fragen, die politische und die sociale, die Frankreich in seinem Innern aufwühlen, finden werden. So lange nicht irgend ein energischer Charakter, oder, was wahrscheinlicher ist, der Zufall, die von allen Parteien ersehnte Krisis herbeiführt, muß der Beobachter sich darauf beschränken, möglichst treu über die Pläne der Parteien, ihre Taktik und die Ebbe und Fluth der Meinungen zu berichten.

Die conservative Majorität, aus so widersprechenden Elementen zusammengesetzt, vermeidet immer noch einen offenen Bruch mit dem Präsidenten, ob sich gleich in ihren Reihen eine systematische Opposition gegen denselben gebildet hat. Der Präsident seinerseits hat längst darauf verzichtet, die Assemblée zu seinen Plänen zu benutzen; er schreitet vielmehr immer weiter auf der Bahn vorwärts, die ihn nothwendig zu dem Resultate führen muß, sie aus dem Wege zu räumen, sobald sie sich ihm einmal wirklich feindlich gegenüberstellen sollte. Die Majorität hat ihrerseits auch ihr Programm, in dem aber der Präsident schwerlich als künftiges Staatsoberhaupt figurirt.

Ueber den Zeitpunkt, wo diese beiden Gewalten den Vernichtungskampf beginnen werden, sind die Ansichten sehr getheilt. Die Umgebung des Präsidenten sucht ihn zu einem entscheidenden Schritte zu bewegen. Dagegen arbeiten mehrere politische Notabilitäten, unter denen man namentlich Léon Faucher, Montalembert, Casimir, Périer &c. nennt, die vorzüglich mit der Lösung der socialen Frage beschäftigt, in dem Präsidenten die hauptsächliche Garantie für Aufrechthaltung der Ordnung und das einzige Mittel, das allgemeine Stimmrecht zu beseitigen, erblicken, auf Verlängerung seiner Amtsführung hin. Sie beschwören den Präsidenten, nichts zu übereilen, sondern abzuwarten, bis in einem Jahre oder achtzehn Monaten die conservativen Parteien, durch das Gespenst des Socialismus geschreckt, von selbst zu ihm als ihrem einzigen Retter zurückkehren werden. Louis Napoleon scheint diese seinem wenig entschlossenen Charakter und seiner Vorliebe für die Politik des Zuwartens besonders zusagenden Ansichten zu theilen und vor der Hand nicht an einen Staatsstreich zu denken. Freilich kann auch hierin eine große Gefahr für ihn liegen, denn den rechten Zeitpunkt vorüberlassen, heißt dann auch auf ein Gelingen seiner Pläne verzichten.

Die conservative Partei gibt selbst zu, daß Louis Napoleon noch heute, wenn es sich um einen Aufruf an die Massen handele, eine unzweifelhafte Majorität haben würde. Aber, so wie diese Majorität seit dem 10. December 1848 bedeutend abgenommen, so würde sie nach Verlauf eines Jahres noch mehr geschmolzen sein, und es bliebe ihm dann nur noch die etwas zweifelhafte Unterstützung der Armee übrig. Aber selbst angenommen, daß der Kampf mit der Assemblée durch Unterstützung des Heeres siegreich für ihn endete, so würde ihn seine eigene Schwäche sehr bald zwingen, sich den Generalen, die den Sieg erfochten, ganz in die Arme zu werfen.

Diesem Räsonnement liegt hauptsächlich der Wunsch zum Grunde, den Präsidenten recht bald irgend eine unbesonnene Maßregel ergreifen zu sehen, die die Krisis beschleunigen könne, in der diese Partei nun einmal ihr einziges Heil sieht.

Bleibt diese Krisis zu lange aus, so fürchtet sie den Communismus, der schon den Socialismus zu verdrängen anfängt und mit Plünderung und Gütertheilung synonym ist, zu sehr überhand nehmen zu sehen. Unterliegt dagegen der Präsident in diesem Kampfe, so bleibt der Assemblée nichts übrig, als dem Generale, der ihr den Sieg verschafft, die Dictatur zu übertragen, vorausgesetzt, daß dieser sie nicht selbst sich anmaßt. Fiele diese Rolle dem Generale Changarnier zu, so weiß Niemand, welcher Partei er seinen Degen leihen werde. Orleanisten und Legitimisten glauben beide gleiche Ansprüche an ihn zu haben. Wenn vielleicht seine persönlichen Sympathien den Prinzen der jüngeren Linie gehören, so betrachten die Legitimisten ihn doch als einen der Ihrigen, wie er denn allerdings bis zum J. 1837, wo er zuerst in Afrika auftrat, entschieden dieser Partei angehörte. Jedenfalls ist er aber nicht der Mann, sich durch irgend welche Versprechungen zu binden, und beide Parteien dürften sich am Ende täuschen, wenn sie auf ihn rechnen zu können glauben.

Sollte keine Frage der innern Politik die gewünschte Krisis herbeiführen, so hofft die conservative Partei auf die Wechselfälle der Schweizer-Angelegenheit und namentlich auf den Rückschlag, den das Einrücken eines preußisch-österreichischen Heeres in die Schweiz in den östlichen und einem Theile der südlichen Departements herbeiführen würde, und der leicht eine Schilderhebung der Demokraten in denselben zur Folge haben könnte. Obgleich es der Regierung allerdings gelingen würde, eine solche Erhebung mit Waffengewalt zu unterdrücken, so würde dies doch hinreichen, sie zu hindern, eine imposante Stellung den beiden intervenirenden Großmächten gegenüber einzunehmen. Dem englischen Einflusse dürfte es aber dennoch vielleicht gelingen, den Präsidenten zu irgend einer feindseligen Demonstration hinzureißen, die an die Traditionen des Kaiserreichs erinnerte, um auf diese Weise die etwa verlorene Popularität wieder zu erlangen. Die Majorität würde sich jedem derartigen Unternehmen entschieden widersetzen, namentlich wenn die beiden deutschen Großmächte mit einer zahlreichen Armee in die Schweiz eingerückt wären, Frankreich daher seiner Seits ebenfalls mit bedeutenden Streitkräften inter=

veniren müßte, wodurch das Land indessen der Gefahr ausgesetzt bliebe, eine Beute der Rothen zu werden.

Dieses sind ungefähr die Pläne der conservativen Partei, die wol aber im Augenblicke der Gefahr bedeutende Modificationen erleiden möchten. Wenn man sich freilich des Schreckens erinnert, den die höchst unbedeutenden Demonstrationen bei Gelegenheit des Umhauens einiger Freiheitsbäume vor wenigen Wochen im conservativen Lager verursacht hatten, so könnte man leicht versucht sein zu glauben, die wirkliche Gefahr werde diese Partei ebenso rathlos finden, als sie am 24. Februar war, das Heer wird, wie damals, auch dieses Mal den Ausschlag geben. Die einzelnen Parteien werden sich erst am Tage nach der Schlacht zeigen, um die Früchte des Sieges zu ernten.

Die Generale Cavaignac und Lamoricière haben verschiedene Versuche gemacht, um darüber Gewißheit zu erlangen, inwieweit sie auf die Armee rechnen können. Bis jetzt besitzt General Changarnier allein die Sympathien der Pariser Garnison, und dürfte er auch wol derjenige sein, in dessen Händen die künftigen Geschicke Frankreichs liegen.

Der Präsident steht jetzt, zerfallen mit der Majorität, ziemlich isolirt. Unzufriedenheit mit den meisten seiner Minister, namentlich denen des Innern, des Kriegs und der auswärtigen Angelegenheiten, hält ihn doch die Schwierigkeit, Ersatzmänner zu finden, von einer Auflösung seines Ministeriums ab. Ohne bis jetzt auf offenen Widerstand Seiten der Chefs der monarchischen Parteien zu stoßen, findet er dort gleichwol nirgends Vertrauen und Hingebung. (Fortsetzung folgt.)

Deutschland.

Preußen. Berlin, 16. März. [Heirathsproject.] Das schon seit einiger Zeit hier verbreitete Gerücht, daß der regierende Herzog von Braunschweig die anmuthige 21jährige Tochter des Prinzen Carl, die Prinzessin Louise, heirathen werde, wiederholt sich. Die braunschweigsche Descendenz-Frage dürfte unter solchen Umständen von den europäischen Mächten entschieden und der in England lebende Herzog Carl von Braunschweig auf andere Weise abgefunden werden.

[Oesterreich und Hannover.] In einem in den letzten Tagen abgehaltenen Ministerrath ist die wichtige Frage verhandelt worden, wie Preußen sich zu verhalten habe, wenn österreichische Truppen die Oberelbe überschreiten sollten. Ein Verständniß zwischen Oesterreich und Preußen über den engeren Bundesstaat hat noch nicht stattgefunden; es ist sogar noch zweifelhaft, ob Oesterreich auf eine Verlängerung des Interims eingehen wird, indem in Wien vielmehr der Gedanke vorherrscht, einen Congreß derjenigen europäischen Mächte zu berufen, welche die Verträge von 1815 unterzeichnet haben. — So viel man aus Hannover hört, ist die Regierung gesonnen, im Falle einer Klage der Maiverbündeten wider dieselbe bei dem Bundesschiedsgericht, das Forum zu perhorresciren, falls aber das Gericht der Klage Folge gäbe, sich dort contumaciren zu lassen und möglicherweise Gegenklage bei der Central-Commission zu erheben. Doch sollen dem Eingehen auf die letztere Eventualität noch sehr erhebliche Bedenken entgegengestellt werden. Indessen hofft man theils auf zuverlässigen äußeren Schutz, theils auf die thatsächliche Verwirklichung des Wortes: „kommt Zeit, kommt Rath", da die in hoher Spannung befindliche Lage Europas in nicht zu langer Zeit auf irgend eine bestimmte Weise sich entschieden anders gestalten müsse. (B. Z.)

Berlin, 15. März. In der gestrigen Sitzung des Gesammtausschusses der Berliner Volkspartei wurde von Herrn Gury der Antrag gestellt, daß die Volkspartei erklären möge, sie wolle die Feier des 18. März ohne alle Demonstrationen und Feste in ernster, stiller Feier, wie es jedem Einzelnen zweckmäßig erscheine, begehen. Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Berlin, 17. März. Der Verwaltungsrath hat sich in der letzten Zeit mit den Vorlagen für den Erfurter Reichstag über das zu bildende Reichsgericht beschäftigt. Der Vorstand des provisorischen Schiedsgerichts, Staatsmin. v. Duesberg, und der Geh. Justizrath Grimm wohnten den Berathungen bei. Vier Orte: Kassel, Jena, Halle, Braunschweig, wurden zum Sitze des Reichsgerichts vorgeschlagen. Der Verwaltungsrath soll sich für Kassel entschieden haben, die endgültige Bestimmung bleibt jedoch den zum engeren Bunde gehörigen Regierungen überlassen. Klagen werden vom Reichsgericht nur dann angenommen werden, wenn sie von einem am Orte, wo es seine Sitzungen hält, anwesenden Notar unterzeichnet sind, damit, soviel als möglich, Unregelmäßigkeiten und Ungehörigkeiten von Hause aus vorgebeugt wird. (Deutsche Z.)

Erfurt, 14. März. Es bestätigt sich, daß das Parlament unwiderruflich am 20. März eröffnet wird, jedoch nicht in der Augustinerkirche, sondern im hiesigen Regierungsgebäude, das bereits eine geschichtliche Bedeutung dadurch hat, daß in demselben Napoleon 1808 die Fürsten zum Congresse berufen. Aber schon wenige Tage nach seiner Eröffnung wird der Einzug in die Augustinerkirche, an deren Herstellung Tag und Nacht gearbeitet wird, erfolgen. Die Eröffnung wird durch Herrn von Radowitz geschehen. Von Paris ist ein Correspondent für den „Napoleon" hier. Auch Nordamerika unterhält einen Abgesandten in unserer Parlamentsstadt; er ist seiner Abstammung nach ein Deutscher, Namens Seyfert, sonst aber in der transatlantischen Union naturalisirt, ja Mitglied des Congresses. — Die hiesige 4000 Mann starke Garnison wird noch für die Dauer des Reichstages durch das 1. Garderegiment und das 11. oder 13. Regiment verstärkt werden. (D. A. Z.)

Bayern. München, 13. März. In Bezug auf das Dreikönigsbündniß können wir nach einer uns heute Mittag 1 Uhr zugegangenen telegraphischen Depesche aus Wien die erfreuliche Nachricht melden, daß heute die zustimmende Antwort des kaiserl. Cabinets im Ministerrathe schon festgestellt war und auch die Sanction des Kaisers bereits erhalten hatte. Sonach ist das vollkommene Einverständniß zwischen Oesterreich und den drei Königreichen über die gemeinsamen Vorschläge zu der künftigen Verfassung eine Thatsache.

München, 15. März. Collectivnote an die k. k. österreichische und königl. preußische Regierung. Die Revision der Deutschen Bundesverfassung, welche durch die Bundesbeschlüsse vom 30. März und 7. April 1848 in Aussicht gestellt wurde, ist durch §. 3. der Convention vom 30. Sept. 1849 über die Bildung einer neuen provisorischen Bundescentralcommission der freien Vereinbarung der einzelnen Staaten überlassen worden. Die auf Grund jener Convention inzwischen ins Leben getretene Bundescommission wird daher nicht in der Lage sein, die Initiative in der deutschen Verfassungsangelegenheit zu ergreifen. Andererseits hat die Aufstellung der von den Regierungen Preußen, Sachsen und Hannover unterm 26. Mai vorigen Jahres vereinbarten Reichsverfassung die dadurch angestrebte Einigung sämmtlicher deutschen Staaten zu Begründung eines deutschen Bundesstaats nicht herbeigeführt. Zwar hat eine nicht unbedeutende Anzahl deutscher Staaten diesem Entwurfe sich angeschlossen, gleichwol ist dessen Annahme von Seiten anderer und insbesondere der größern süddeutschen Staaten abgelehnt, die nach den Bundesverträgen erforderliche Zustimmung Oesterreichs zu der Errichtung des aus dem übrigen Deutschland nach Maßgabe jenes Entwurfs zu bildenden Bundesstaats aber ebenfalls verweigert worden. Während nun diese Thatsachen gegenüber die königl. preußische Regierung und verschiedene andere Regierungen sich dafür entschieden haben, die Vollziehung jenes Verfassungsentwurfs unter Anwendung auf einen engern Bundesstaat ins Werk zu setzen, haben dagegen die Regierungen von Sachsen und Hannover bei Errichtung dieses engern Bundesstaats, welche sie als außerhalb des von ihnen angenommenen Verfassungsentwurfs sowol, als der allseits als noch bestehend anerkannten Bundesverträge liegend betrachten zu müssen glauben, sich nicht zu betheiligen vermocht; und sowie einerseits behufs thatsächlicher Herstellung eines engern Bundesstaats ein erster Reichstag einberufen worden ist, so haben andererseits die bei dieser Maßregel nicht betheiligten Regierungen gegen dessen Beschlüsse Verwahrung eingelegt. Unter diesen Verhältnissen haben es die königl. Regierungen von Baiern, Sachsen und Württemberg für ihre Pflicht sowol gegen ihre Lande als gegen das Gesammtvaterland gehalten, sich über einen Vorschlag zur Ausführung der erwähnten Bundesbeschlüsse zu einigen, welche sie gemeinschaftlich zunächst an die k. k. österreichische und königl. preußische Regierung gelangen lassen könnten. Sie sind deshalb in vertrauliche Verhandlungen getreten, deren Ergebniß eine zu München am 27. Febr. d. J. abgeschlossene und seitdem von den drei königl. Regierungen genehmigte Uebereinkunft ist. Diese Uebereinkunft ruht auf der Ueberzeugung, daß die Zukunft der deutschen Nation nur durch eine Verfassung gesichert werden kann, welche den möglichst innigen Verband zwischen Oesterreich und dem übrigen Deutschland erhält, die beiden größten deutschen Staaten in gleich würdiger und einflußreicher Stellung umfaßt und, ohne Vernichtung der übrigen Staaten, solche Bundesorgane einsetzt, in welchen eine wirksame Thätigkeit der Regierungsgewalt mit der freien Entwickelung des Volksgeistes durch eine Nationalvertretung sich zum Wohle des Ganzen verbinden kann. Indem nun die königl. .... Regierung den Unterzeichneten beauftragt hat, der (k. k. österreichischen) — (königl. preußischen) Regierung diese Uebereinkunft als den gemeinschaftlichen Vorschlag der drei königl. Regierungen vorzulegen, gibt sie sich der Hoffnung hin, das königl. Cabinet werde darin das ernstliche Bestreben erblicken, eine Grundlage zur Lösung der deutschen Verfassungsangelegenheiten zu bieten, und diesen Vorschlag nicht blos in Erwägung ziehen, sondern auch mit dem königl. preußischen (österreichischen) Cabinet und mit den übrigen Bundesregierungen, sei es nun unmittelbar oder durch Vermittelung der provisorischen Bundescommission, welcher die drei königl. Regierungen ihren Vorschlag zur Kenntniß mitgetheilt haben, darüber in Verhandlung treten. Die drei königl. Regierungen glauben insbesondere, daß die in dem Vorschlage sowol für Oesterreich als Preußen gebotene Möglichkeit des Beitritts mit der Gesammtmonarchie geeignet ist, die Hauptschwierigkeiten zu beseitigen, welche bisher der Verständigung zwischen diesen beiden

Staaten über die Bundesverfassung entgegenstanden, und laden daher in dieser Voraussetzung die beiden Großmächte zu diesem Beitritt ihrerseits im Hinblick auf Art. VI. der Wiener Schlußacte vom 15. Mai 1820 förmlich ein. Der Unterzeichnete benutzt diese Gelegenheit &c.

Sachsen. Dresden, 15. März. Gestern Abend zog ein Haufe von 20 — 25 Schiffern, aus einer Schänke in der Ostraallee kommend, in höchst aufgeregtem Zustande lärmend und tobend an der bei dem sogenannten alten Stallgebäude befindlichen Schildwache vorüber, um der Elbe zuzusteuern. Von dem Posten aufgefordert, ruhig ihres Weges zu gehen, artete eine Anzahl derselben in noch ärgeres Toben aus und ging sogar so weit, die Schildwache durch Steinwürfe zu insultiren. Bei dem Herrannahen einer von dem Nachtwächter zum Schutze der so hart bedrängten Schildwache herbeigerufenen Patrouille suchten sich die Angreifer dieser durch die Flucht zu entziehen, wurden jedoch verfolgt, und als sie nach vielfachem Haltrufen nicht stehen blieben, gaben zwei Mann der Patrouille Feuer, wodurch einer der Fliehenden durch einen Schuß von hinten verwundet wurde. Er ist in's Krankenhaus abgeliefert worden.

Hannover, 15. März. Wir hören, daß mehrere Regimenter nach Baden gesandt werden sollen. Wenn man nach dem Zwecke dieser angeblichen Sendung fragt, so wird geantwortet, es sei von verschiedenen Regierungen Deutschlands beschlossen worden, Baden nicht mehr allein von Preußen besetzt sein zu lassen. Es sind uns sogar die Namen der hannoverschen Regimenter (Infanterie, Cavallerie und Artillerie) genannt worden, die nach Baden bestimmt sein sollen. (N. Fr. Pr.)

Schleswig-Holstein. Kiel, 14. März. Die actenmäßige Geschichte der dänischen Politik in Beziehung auf Schleswig-Holstein seit dem Jahre 1806, welche von den Professoren Droysen und Sameder herausgegeben wird, erscheint so eben und wird nicht ermangeln, das größte Aufsehen zu erregen. Auf diese Antwort der Wegner'schen Schrift ist man in Kopenhagen wol nicht gefaßt gewesen. (H. C.)

Rußland.

Der „Globe" veröffentlicht folgende von dem Grafen Nesselrode an den russischen Gesandten in London, Baron Brunnow, gerichtete Note:

„St. Petersburg, 8. (20.) Febr. 1850. Herr Baron! Fast in demselben Augenblicke, wo wir unsere Depesche vom 7. (19.) dieses Monates an Sie absandten, erfahren wir durch Ihren Bericht (Nr. 17.), daß Lord Palmerston eingewilligt habe, die Vermittelung Frankreichs anzunehmen und die gegen die hellenische Regierung angewandten Zwangsmaßregeln einzustellen. Da in unseren Augen das Wohl der Griechen höher steht, als jede andere persönliche Rücksicht, so wollen wir auf den Mangel an Höflichkeit, über den wir uns zu beklagen veranlaßt gefühlt haben, kein weiteres Gewicht legen, und wir verlangen nicht, jetzt, da die Verhandlungen bereits begonnen haben, an einer Vermittelung Theil zu nehmen, die schon im Werke ist und die vielleicht — wir hoffen es — in der Stunde, wo wir schreiben, erfreuliche Früchte für Griechenland getragen hat. Wenn die freundschaftlichen Bemühungen Frankreichs sich zu Gunsten der Regierung des Königs Otto wirksam erweisen und dazu beitragen können, die Last der gegen ihn erhobenen Geldansprüche zu erleichtern, so wünschen wir uns aufrichtig zu einem solchen Ergebniß Glück. Nichts desto weniger, Herr Baron, können wir in Beziehung auf die Abtretung der im Namen der Regierung der jonischen Inseln beanspruchten griechischen Inseln, da dies nicht eine Geldfrage zwischen England und Griechenland, sondern eine Gebietsfrage ist, die mit den Grenz-Bestimmungen des von den drei Cabinetten, welche das hellenische Königreich gegründet haben, geschlossenen Vertrages zusammenhängt, können wir, sage ich, als Unterzeichner jener Acte, keinesfalls zugeben, daß England und Frankreich allein, mit Ausschluß Rußlands, diese Frage allein behandeln. Wir fühlen es daher als unsere Pflicht, uns unsere Rechte in dieser Beziehung vorzubehalten, und Sie werden dies der englischen Regierung erklären, indem Sie ihr diese Depesche mittheilen. Empfangen Sie, Herr Baron, &c. (Gez.) Nesselrode.

Polen.

Kalisch, 9. März. Unter den Offizieren der hiesigen Garnison ist allgemein die Meinung verbreitet, daß in dem Fall, daß Preußen in einen Krieg verwickelt würde, zur Aufrechterhaltung der inneren Ruhe in Preußen 2 russische Infanteriecorps verwendet werden sollen. Hiernach findet das in Polen so vielfach verbreitete Gerücht von einem Einmarsch der Russen in Preußen seine Erläuterung. Auch ist der Befehl, die Streitkräfte in Polen zu vermindern, gänzlich zurückgenommen worden. Sollte der erste kriegerische Zusammenstoß für Preußen unglücklich ausfallen, dann dürfte Rußland seine zur Deckung bestimmten Truppen auch gegen den Feind führen, denn es ist eine offenbare Sache, daß die Feinde Oesterreichs und Preußens auch von Rußland als seine Feinde betrachtet werden, und daß es stets in seinem Interesse liegt, dieselben zu bekämpfen.

Frankreich.

Paris, 12. März. Das Journal des Débats gibt eine treffende Schilderung des Theils der Bürgerschaft, der die Wagschale bei den heutigen Wahlen zu Gunsten der socialistischen Partei hat sinken machen, des Theils, der „im Grunde die Ruhe sehr liebt, aber gleichzeitig keine Macht dulden will und sich einbildet, daß er seine Souveränität nicht vollständig ausübe, wenn er sie nicht gegen die Macht kehre." Diese Bürger — fährt das Journal fort — empfinden von Zeit zu Zeit das kindische aber unabweisbare Bedürfniß, fühlen zu lassen, daß sie die Herren sind; man nennt das: „der Macht eine Lection geben." Es gab im Alterthum einen Fürsten, dessen Glück so groß war, daß es ihn nicht mehr schlafen ließ. Er war überzeugt, daß ihm ein Unglück begegnen müsse, und warf deshalb einen kostbaren Ring in's Meer. Wir kennen eine Anzahl ehrenwerther und gemäßigter Bürger und Nationalgardisten, die von dieser Art Unruhe gequält werden und die anfangen, zu finden, daß die gar zu lange dauernde gute Zeit monoton wird. Ein zu blauer Himmel langweilt sie, gern sähen sie darauf einige Wolken zerstreut, um die Farbe zu ändern. Wißt ihr, daß Paris bald ein Jahr lang ruhig ist? Die Stadt beginnt ihre alte Physiognomie wiederzugewinnen, Wagen bedecken die Boulevards und die Elyseeischen Felder, die Bälle, die Concerte und Feste sind ebenso zahlreich als glänzend, man muß sich inachtnehmen, daß das nicht der Regierung den Kopf verrücke! Und dann ist vortreffliches Wetter! Der General Changarnier geht mit seinem Adjutanten im Sonnenschein spazieren und alle Welt grüßt ihn; der Kastanienbaum vom 20. März ist der Zeit um zehn Tage voraus und fängt schon an zu grünen; und darum wirft der Pariser Bürger den Kopf in den Nacken, rückt sich den Czako zurecht und sagt dem Nachbar: „Wie, wenn wir der Macht eine Lection gäben?" O, ihr armen Mitbürger, die Macht seid ihr selbst, euch selbst führt ihr Schläge zu, euch selbst gebt ihr Lectionen! Sind euch nicht diejenigen, die ihr schon gegeben habt, theuer genug zu stehen gekommen? Habt ihr vergessen, daß man mit Lampen sehr gut eine Feuersbrunst hervorbringen kann? Wollt ihr wieder anfangen zu rufen: Es lebe die Reform! gerade als wenn ihr nicht wüßtet, was Das sagen will? Es handelt sich nicht mehr um ein linkes Centrum, ihr unabhängigen Wähler! Sie sind vergangen, die Tage der unschuldigen Spiele; ihr wißt, was es kostet, mit dem chemischen Feuerzeuge des Hrn. Caussidière zu spielen; aber es gibt kein Land, in dem man die Lehren des vorigen Tages schneller vergißt als bei uns! (D. A. Z.)

Paris, 14. März. Die Socialisten haben gesiegt. Gewählt wurden für Paris die Socialisten Carnot, Vidal und de Flotte. Die Course sanken auf der Börse bedeutend.

Paris, 15. März. Abends. (Neueste Nachrichten.) Seit heut Morgen halb 8 Uhr hatten die Linientruppen und die Nationalgarde den Rathhausplatz dicht besetzt. Das Volk hatte sich nur in geringen Gruppen eingefunden, die sich am Ende des Platzes und am Quai befanden. Um 10¼ Uhr wurden Carnot, Vidat und de Flotte als Volksvertreter des Seine-Departements proclamirt. Es herrschte die tiefste Ruhe. Kaum war Alles beendigt, als sich der Platz mit einem Male leerte und das Volk sich ruhig entfernte. Bis Mittag durchzogen Truppen aller Waffen die Quais, um 11 Uhr hatte Alles sein gewöhnliches Ansehen gewonnen.

Die Nationalversammlung hat heute das organische Gesetz über den öffentlichen Unterricht mit 399 gegen 237 Stimmen angenommen.

Großbritannien.

London, 12. März. Jetzt macht auch der „Globe" einige Bemerkungen über die russische Note. Dieselben sind zwar noch sehr behutsam, doch sind sie bestimmter als die ausweichende Erklärung Lord Palmerston's in der gestrigen Sitzung des Unterhauses. Mit Recht nennt der „Globe" die Note „die maßloseste Staatsschrift, die seit den Tagen des Kaisers Napoleon an die europäische Welt erlassen worden ist." Die Remonstration des russischen Hofes basire auf der falschen Auffassung des Vertrages, durch welchen Rußland, Frankreich und England vereinigt die Unabhängigkeit Griechenlands garantirten. Der Kaiser von Rußland halte Lord Palmerston's Verfahren für eine Verletzung dieser Unabhängigkeit, und glaube ein Recht zu haben, dagegen zu protestiren. Aber diese Behauptung sei mehrfach falsch, da Rußland grade durch jene Unabhängigkeit jedes Rechts des Einspruchs

beraubt sei. „Verantwortlichkeit ist die erste Bedingung der Unabhängigkeit und während Lord Palmerston den freien Willen und die freie Thätigkeit des griechischen Königreiches anerkennt, beansprucht der Kaiser für seinen Vasallen Freiheiten, die sein eigenes dauerndes Protectorat in sich schließen. Die russische Note spricht von einer Garantie der Unabhängigkeit, als wenn sie mit der Einsetzung eines Protectorats identisch wäre." Wenn Griechenland in der Lage wäre, wie früher Krakau oder jetzt die jonischen Inseln, so hätten wir allerdings unsere Ansprüche in erster Instanz den beschützenden Mächten vorzulegen. Aber Lord Palmerston behandle Griechenland als einen wirklich unabhängigen Staat und erkenne kein solches conventionelles Verhältniß an, das einen dritten Staat autorisirt, zwischen dasselbe und die Folgen seiner eigenen freien Handlungen zu treten. — Der nächste Vertheidigungsgrund für Griechenland, der von seinem selbstgewählten Patron vorgebracht werde, lasse kaum eine ernstliche Argumentation zu. Die Note behaupte, indem Lord Palmerston seine gegenwärtigen Forderungen aufstelle, verhindere er Griechenland, die den drei Mächten zusammen schuldigen Rückstände zu bezahlen. Es sei vollkommen notorisch, daß Griechenland bisher noch keinen Schritt gethan habe, um jene Rückstände zu befriedigen, und dazu auch nicht die geringste Absicht zeige; übrigens würde nach einem so absurden Argument jeder Regierungscontrahent in Griechenland mit seinen Geldansprüchen zurückgewiesen werden können. — Die Beschwerden des russischen Hofes seien Vorwände, um den Conflikt von der ursprünglichen Basis zu verdrängen. In die Frage habe sich keine dritte Macht zu mischen; wenn englische Unterthanen geplündert und gefoltert werden, wenn die englische Flagge insultirt sei, so habe England nur bei seiner eigenen Nationalehre Rath zu erholen, ob und wie es solche Vergehen züchtigen wolle. — Die Aeußerungen der Note über die Unbedeutendheit unserer Forderungen seien durchaus haltlos, da die Verhöhnungen der englischen Ehre wiederholt und im Angesichte der Welt vollzogen worden seien, und da es dabei auf die Größe des materiellen Schadens weniger ankomme.

Der Proceß Stauff-Görlitz.

Die furchtbare Catastrophe, welche seinen Inhalt bildet, hat seit fast zwei Jahren die Aufmerksamkeit des Publicums selbst in weiteren Kreisen so vielfach beschäftigt und neuerdings durch das System, auf welches dem Vernehmen nach die Vertheidigung sich vorzugsweise stützen wird, zu interessanten wissenschaftlichen Forschungen und Versuchen Anlaß gegeben; weshalb wir, was ohnehin zum Verständniß der Verhandlungen unerläßlich sein möchte, ohne aus dem vorhandenen thatsächlichen Material selbständig irgend einen Schluß zu ziehen, oder an den bereits aufgestellten Schlüssen den Maßstab unserer Critik zu legen, einfach das Material zusammenstellen. — Die Gräfin Emilie von Görlitz, eine sehr gebildete, fromme und wohlthätige aber in hohem Grade mißtrauische und übertrieben sparsame, fast geizig zu nennende Dame, war in kinderloser Ehe mit dem Kammerherren Grafen von Görlitz verheirathet. Die beiden Gatten behandelten sich aufmerksam und höflich und speisten zusammen, hatten aber im Uebrigen nur sehr wenig Verkehr miteinander; die Gräfin bewohnte den mittleren Stock der gemeinsamen Wohnung. Am 13. Juni 1847, an einem Sonntage, war der Graf zur Tafel nach Hofe gefahren; die gesammte Dienerschaft hatte Urlaub erhalten; im Hause blieb nur die Gräfin und ein Bedienter, Johannes Stauff, zurück, derselbe, der jetzt, des Mordes seiner Gebieterin angeklagt, vor den Schranken des Gerichts steht. Stauff hatte früher als Soldat sich brav geführt, stand länger als zwei Jahre in Diensten des Grafen und wurde von der Gräfin weniger mißtrauisch behandelt, als die übrige Dienerschaft; lockeres Leben hatte ihn aber in Schulden gestürzt und er dachte daran, mit seiner Familie auszuwandern. Um 3 Uhr hatte der Graf das Haus verlassen, etwa um halb 7 Uhr kehrt er zurück, außer dem Kutscher auch von Stauff begleitet, der inzwischen um 4 Uhr von der Frau des Kammerdieners gesehen ward, wie er, als sie im Bedientenzimmer schellte, nach mehreren Minuten in Hemdsärmeln, eine Schürze vorgebunden und ein Tuch in der Hand haltend, „mit wildem Blick", wie sie erzählt, die Treppe herunter kam. Der Graf fragte nach seiner Gattin, er kleidete, als Stauff erwiederte, daß sie im Bügelzimmer des obersten Stokkes beschäftigt sei, sich langsam um, begab sich in das Vorzimmer seiner Frau, in der Hand die Bonbons haltend, die er in der Regel, wenn er bei Hofe speiste, ihr mitbrachte, fand aber die Thür verschlossen und kehrte, im Glauben, sie befinde sich noch im obersten Stock, um, machte noch einen Spaziergang und schickte, nachdem er zurückgekommen war, zwischen 9 und 10 Uhr Stauff zu seiner Frau, um sie zu benachrichtigen, weil sie dann herunterzukommen pflegte, daß er seine Suppe wünsche. Stauff meldete, die Gräfin sei nicht zu finden; der Graf ging sogleich mit ihm in den mittleren Stock; in den mit dem Hauptschlüssel zu öffnenden Zimmern war Alles leer, eben so in dem durch einen Schlosser geöffneten Bügelzimmer im oberen Stock. Plötzlich, die ganze Dienerschaft war inzwischen erschienen, gewahrt man in einem, mit den Gemächern der Gräfin correspondirenden Kamine, bald auch durch die Glasthüre, Rauch. Die Versuche, mit einem Schlüssel zu öffnen, wurden sofort aufgegeben, die Thüre wurde gesprengt, ein furchtbarer Rauch drang heraus, unmittelbar darauf schlug auch eine Flamme an den Vorhängen empor und zum Fenster hinaus, man sah endlich, daß der Secretär brannte, schüttete einen Eimer Wasser in die Gluth und nun erblickte man, vor dem halbverkohlten Secretär liegend, die gräßlich entstellte Leiche der unglücklichen Gräfin. Wir müssen hier einen kurzen Blick auf die Räumlichkeit werfen. — Der Secretär stand im Wohnzimmer der Gräfin, rechts von einer in ein Nebenzimmer führenden Thür in der Ecke; links befand sich ein Schellenzug, der Thüre gegenüber ein Spiegel, unter demselben ein Sopha; durch die Wand links von dieser Thüre geht eine andere Thür in ein Cabinet, in dessen einer Ecke ein Divan stand. — Wir kehren zur Auffindung der Gräfin zurück. Der obere Theil der Leiche war gräßlich verbrannt; die Brust dampfte noch, der Kopf glich einem verkohlten Klumpen; von Haut und Haaren, Ohren und Nase keine Spur. Der Mund stand weit offen und die verkohlte Zunge ragte bis an den vorderen Theil des Unterkiefers hervor; der Hals ringsum verbrannt und verkohlt, jedoch nicht so tief als der Kopf, am oberen Theile der Brust Haut und Brustmuskeln verkohlt, nach der Herzgrube hin nur die Haut verbrannt, einen Zoll unter der Herzgrube hörten die Brandspuren auf. Nur der linke Fuß war mit einem Schuh bekleidet, der andere Schuh lag im Cabinet. Der Fußboden war da, wo die Leiche lag, unverletzt, und nur am Platze des Secretärs angebrannt; unterhalb der Klappe war Alles, mit Ausnahme der Seitenwände, ganz verbrannt. Das Sopha hatte eine Brandspur, Kattun und Leinwand durchgebrannt; an einem Stuhle Spritzen, wodurch die Farbe weggeätzt ist; der Spiegel gesprungen und mit einem braungelben, ammoniakhaltigen Niederschlage überzogen; der Schellenzug lag abgerissen auf der Erde, kurz am Drathe angebrannt. Die Leuchter auf der 9 Fuß von dem Secretär stehenden Chiffonière unverletzt, die Lichter jedoch abgeschmolzen. Die Section der Leiche ergab endlich einen Schädelbruch. Dies der objective Thatbestand. Liegt hier ein Verbrechen vor und welches Verbrechen? Das ist die Frage, welche jetzt die Geschworenen zu entscheiden haben werden. Die Vertheidigung wird, wie man vernimmt, eine Selbstverbrennung behaupten, deren Möglichkeit überhaupt bis jetzt von der Wissenschaft noch nicht einmal festgestellt ist, und die namentlich von den für diesen Fall ausersehenen Sachkundigen für Chemie und Anatomie, von Liebig und Bischoff, geleugnet, dagegen von Wilbrand, Professor der gerichtlichen Medicin in Giessen, behauptet wird. Um die näheren Ergebnisse der Menschenverbrennung zu bestimmen, machte man auf der Anatomie in Giessen Versuche an menschlichen Leichnamen, und es hat sich erwiesen, daß eine an einem Secretär eingeschlafene Person allerdings verkohle, wenn das Möbel angezündet wird, während die Verbrennung von Innen heraus sich nicht bestimmt feststellen ließ. Um das Letztere bestimmen zu können, hatte man einem Hunde Aether in die Venen gespritzt und zündete ihn an der Nase an; der Hund büßte das Leben ein, aber verkohlte nicht ganz. Der Angeklagte Stauff hat sich seinerseits bemüht, den Grafen eines schändlichen Verbrechens zu verdächtigen; die gegenwärtige Anklage ist aber einstweilen nur gegen Stauff gerichtet.

Am 11. März wurde der Proceß eröffnet, auf den Europa jetzt sein Augenmerk richtet. Der Staatsanwalt eröffnete ihn mit einer einleitenden Rede, in der er hervorhob, daß jetzt die Sonne der Oeffentlichkeit auf das Bestreben strahle, zu erforschen, ob ein Verbrechen begangen worden und wer es begangen, und führten Spuren nach einer Grafenkrone hin, sie würde nicht schützen. Die Verhöre der 116 Zeugen haben bereits begonnen. Stauff bewahrt stets dieselbe kalte, eiserne Ruhe, während die Geschworenen regen und lebhaften Antheil an der Verhandlung nehmen. Die Fragen, welche Letztere zu beantworten haben, sind: 1) ob die Gräfin Görlitz eines gewaltsamen Todes gestorben; 2) ob Stauff denselben verschuldet und ob mit Vorbedacht; 3) ob Raub dazu getreten; 4) ob Stauff sich auch der Brandstiftung schuldig und 5) den Versuch gemacht hat, den Grafen zu vergiften.

Redigirt unter Verantwortlichkeit der Verlagshandlung.
Druck und Verlag von G. Heinze & Comp.

Mit einem Beiblatt.

Beiblatt zur Lausitzer Zeitung № 34.

Görlitz, Dinstag den 19. März 1850.

Bericht eines Lausitzer Auswanderers.

(Eingesandt.)

Wards Island*), 29. Jan. und 5. Febr. 1850. Herzlichen Gruß zuvor allen den Personen, die an meinem Ausfluge und an meinem Geschicke Antheil nehmen, mit dem Wunsche, daß alle Freunde diese Zeilen ebenso munter antreffen mögen, als ich es bin, während ich sie niederschreibe. Dies thue ich aber jetzt erst, weil ich nun mit mehr Gewißheit über meine Zukunft sprechen kann. — Bevor ich auf meine persönlichen und mich umgebenden Verhältnisse eingehe, will ich eine ganz kurze Beschreibung meiner Reise mit den traurigen Erfahrungen, Leiden und endlichen Freuden vorausschicken. — Ueber meine per Eisenbahn von Görlitz nach Bremen zurückgelegte Reise habe ich nur zu berichten, daß ich in Berlin und Magdeburg, an welchem letzteren Orte man an meine directe Reise nach Amerika nicht zu glauben vermochte, eine äußerst freundliche Aufnahme fand. In Bremen angekommen, öffnete sich mir gleichsam eine neue Welt; jedes lebende, jedes todte Wesen schien mir zuzurufen: „Hilf dir selber". Mein Begriff von Selbständigkeit wurde ein mehr klarer, was, wofern meine Börse von etwas bedeutenderem Gewicht gewesen wäre, wol — ohne mir selbst eine Schmeichelei zu sagen — noch nicht geschehen wäre. Die Vorspiele zu dem mehractigen Trauerspiele begannen, und zwar folgendermaßen:

Mein Reiseziel war, wie Ihr wisset, Texas; deshalb erkundigte ich mich bald nach einer Schiffsgelegenheit nach New-Orleans. Da erfuhr ich zu meinem größten Schrecken, daß zur Zeit kein Schiff dahin abginge, wol aber einige nach New-York und nach Australien bereit lägen. Meine Baarschaft erlaubte mir nun nicht, länger, vielleicht noch Wochen lang, zu warten, ebenso wenig vermochte ich's, wieder umzukehren; deshalb dachte ich: vorwärts! und zwar nach — New-York, um von dort zu Fuß oder zu Wasser, oder was wußte ich doch damals, auf irgend eine Weise nach Texas zu gelangen. Einen zweiten panischen Schrecken hatte ich zu überstehen, als mir der Schiffsmäkler sagte, daß der Preis für einen Platz im Zwischendeck 52 Thlr. Gold betrüge; die Dänen behinderten das Auslaufen unserer Schiffe und ließen nur ausländische passiren; der Andrang von Auswanderern sei im Verhältniß zu den Schiffen zu groß, deshalb der ungewöhnliche Preis! Es blieb mir nun nichts Anderes übrig, als diesen von mir vorher nicht berechneten Preis zu zahlen; sodann kaufte ich mir noch einige nothwendige Schiffsgeräthschaften (Geschirr, Matratze, Decke u. s. w.), und behielt nach einem noch dreitägigen Aufenthalt in Bremen, nach genau angestellter Untersuchung aller meiner Taschen, ein Vermögen von 3 Thlr. Gold nebst einigen sächsischen Kupfermünzen — zum Ankauf von Grundstücken in Amerika übrig. Wie oft ich damals am Bollwerk auf- und abgegangen bin, weiß ich jetzt nicht mehr, ebenso wenig, welche Gedanken über allerhand Schicksale von Personen, die vielleicht mit noch weniger Geld dergleichen unbestimmte Zweckreisen unternommen, mein Gehirn durchkreuzten; daß mich aber eine Gänsehaut überlief, als ich mir den Augenblick versinnlichte, wo ich von diesen meinen 3 Dollars Abschied zu nehmen gezwungen sein würde, — das steht fest. Es stellte sich ein bedeutender moralischer Katzenjammer ein, der mich gewaltiglich durchschüttelte, und nicht eher nachließ, als bis unsere englische Brig „Corsair", Capitain Stephens, die Anker lichtete. Dies geschah am 3. Mai vor. J., Vormittags 10 Uhr. Ein eigenes schmerzliches Gefühl durchschauerte wohl alle, selbst die ungebildetsten Passagiere, als die Küste immer mehr und mehr den Augen entschwand. Noch denselben Nachmittag erhielten wir Besuch von dem Commandeur einer dänischen Fregatte. Nachdem wir uns diesem Wachtschiff vielleicht auf ½ Seemeile Weges genähert hatten, ertönte von demselben ein Kanonenschuß. Unser Capitain ließ sogleich die Segel einziehen, und erwartete nun stolz, wie es dem Könige eines englischen Schiffes geziemt, den auf einem von 12 Mann geführten Boote herankommenden dänischen Commandeur, der, nach genommener Einsicht in die Schiffspapiere, wegen des verursachten Aufenthaltes sich höflichst bei uns entschuldigte. Diese Artigkeit erwiederten wir, die wir jetzt die europäisch-politischen Jämmerlichkeiten verhöhnten, mit einem Hurrah, das jedoch von dem der Mannschaft des dänischen Kriegsschiffes bedeutend übertönt wurde. Noch ein Schuß, und — wir flogen, unterstützt von dem trefflichsten Ostwinde, aus dem Bereiche der Heimath. So ging es fort bis durch die Meerenge von Calais, die wir so schnell und glücklich, wie es nach Aussage des Capitains nur selten geschieht, unter heftigem, jedoch stets günstigen Winde passirten. Nur regnete es dabei viel, weshalb uns die gewünschte Aussicht auf die beiden Küsten verloren ging. Von Frankreich sah ich nichts, von England jedoch die Städte Dover, Southampton und die Insel White.

Die Stimmung der 96 Passagiere war, wie wol gewöhnlich in der ersten Zeit, ein wenig drückend; das Personal, welches 13 Staaten vertrat, war im Allgemeinen ein anständiges, was zur Erhaltung von Ordnung und Reinlichkeit nicht ohne wesentlichen Vortheil ist. Ich schloß mich besonders 4 Personen an: zweien Brüdern, Namens B., aus G. in Sachsen, einem Berliner Kaufmann F. und einem Münchener Juwelier, Namens W. Ich glaube behaupten zu können, nächst einem Schmied aus der Schweiz, der nur noch 1½ Thlr. besaß, der ärmste Passagier des Schiffs gewesen zu sein; die meisten waren wohlhabende Landleute, und gut versehen mit Speise und Trank. Da ich nur auf die Schiffskost angewiesen war, die nicht einmal der Hund des Capitains gern genießen wollte, so werdet Ihr leicht begreifen, daß mein Leben gerade kein beneidenswerthes war, besonders wenn bei lange anhaltendem Sturme nichts gekocht werden konnte. Das Fleisch war ungenießbar, da es fürchterlich roch und wahrscheinlich schon eine frühere Reise mitgemacht hatte; das Brod wurde bald schimmelig; der Pumpernickel war hart wie Stein; Thee und Kaffee wurden in demselben Kessel zubereitet, worin die Erbsen, Graupen und Kartoffeln — nota bene Alles nur halb — gekocht wurden. Bei der mangelhaften oder vielmehr Nicht-Reinigung des Kessels geschah es zuweilen, daß man den Kaffeetrank mit einem Erbsenmehle, und umgekehrt, verwechselte. Kurz, ich wurde ganz elendiglich mitgenommen und legte hier den Grund zur Ruhr, die mich, bald nachdem ich in New-York gelandet war, 14 Tage lang an's Bett, oder richtiger gesagt, an ein Hundelager fesselte.

(Fortsetzung folgt.)

*) Ward's Eiland ist eine kleine Insel, $1\frac{2}{5}$ deutsche Meilen von New-York im Hudson-Flusse liegend, mit einem großen Hospitale für Auswanderer.

Lausitzer Nachrichten.

Verhandlungen der Stadtverordneten zu Görlitz in der öffentlichen Sitzung vom 15. März 1850.

Es erhielten das Bürgerrecht: der Maurer Jancovius, der Auctionator Gürthler und der Handelsmann Wieruszowsky.

Der Gemeinde Lublinitz wurden zu ihrem Kirchenbau 15 Thlr., und dem 2c. Heimann in Rothwasser 2 Thlr. als Unterstützung bewilligt.

Gegen den gesetzmäßigen Beitrag von ⅓ mit 4 Thlr. zu einer Reparatur des Kirchthums in Penzig fand sich nichts zu erinnern.

Die Anschaffung von 2 Winden und 2 Hebebäumen, zum Gebrauch auf dem großen Holzhofe, wurde genehmigt.

Der Gasthofsbesitzer Eifler erhielt als Bestbietender mit 26 Thlr. den Zuschlag für 9 Morgen Acker und Wiese in der Nähe von Hennersdorf.

Dem Unternehmer der Maurer-Arbeiten am Wohngebäude des Hennersdorfer Holzhofs wurde eine Nachfrist bis längstens zum 1. September bewilligt, in Betracht mehrerer den Bau-Angriff verzögernder Umstände, allein sogleich bemerkt, daß hinsichtlich des Packhofs ein späterer Termin der bestimmten Vollendung, des dringenden Bedarfs dieses Gebäudes wegen, nicht eingeräumt werden könne.

Die Anfrage, wie es in einem etwas zweifelhaften Falle mit dem Kosten-Ersatz für ein im Krankenhause aufgenommenes Dienstmädchen zu halten sei, führte zu dem Antrag, die sich auf etwa 3 Thlr. belaufenden Kosten entweder von den Angehörigen der Verpflegten oder im Unvermögensfalle von deren Heimaths-Gemeinde einzufordern.

Seitens der Revisions-Deputation war schon vor längerer Zeit darauf hingewiesen worden, daß von den Ueberschüssen der Servis-Kasse sich ein Capital von circa 4000 Thlr. angesammelt habe, und die Meinung ausgesprochen, dasselbe mit den übrigen Kämmereifonds zu vereinigen. Der Magistrat entwickelt jedoch aus mehreren Gründen die Unausführbarkeit dieses Vorschlags, und wurde zwar Beruhigung dabei gefaßt, indessen die Ansicht aufgestellt, daß bei dem Bau einer Kaserne einmal in der Folge dieses Capital recht füglich dazu zu verwenden sein würde.

Ein vom Magistrat vorgelegtes Projekt der provisorischen Reorganisation der Bürgergarde wurde einer Deputation zur Berathung übergeben.

Der Besitzer des Grundstücks No. 916. wünschte den ihm durch den Bau am grünen Graben in veränderte Gestalt gebrachten Eingang durch eine steinerne Treppe ersetzt zu sehen; der Magistrat hatte eine hölzerne Treppe vorgeschlagen, die Versammlung jedoch beantragte, zuvor näher ermittelt zu sehen, ob der Commune überhaupt durch jenen Bau in Betreff des gedachten Grundstücks eine Verpflichtung obliege.

Görlitz, 16. März. Bei der heute hierselbst stattgefundenen Wahl der Wahlmänner zur ersten Kammer wurden im 1. Bezirk gewählt: Bürgermeister Fischer, Stadtrath Horyschansky, Justizrath Sattig, Commerzienrath Bauer, Rechtsanwalt Herrmann; im 2. Bezirk: Geh. Ober-Justizrath a. D. Stadtrath Starke, Stadtrath Pape, Kaufmann Ferd. Schmidt, Wagenbauer Lüders sen.

Görlitz, 16. März. Mit Bezug auf unsere Anzeige vom 3. d. M. in No. 28. dieser Ztg. zeigen wir zur Vervollständigung derselben an, daß der damals Unbekannte, welcher sich am 1. d. Mts. in Ober-Ludwigsdorf erhängt hatte, der hiesige Tagearbeiter Johann Gottlieb Wiesenhütter, ein mehrfach wegen Diebstahl bestraftes Subject, ist.

Allerhand.

Menschenverkauf im freien America. In einem americanischen Blatte hat kürzlich folgende Anzeige gestanden:

Zu verkaufen ist ein farbiges Mädchen von ganz vorzüglichen Eigenschaften, die sich gegenwärtig in Mr. Hall's Gefängniß in Norfolk befindet. Sie ist, was Speculanten ein einehmendes Mädchen nennen, eine helle Mulattin von schöner Gestalt, schlichtem schwarzem Haar und sehr schwarzen Augen; dabei äußerst sauber und reinlich. Ich erlaube mir, zu behaupten, daß man weder in Norfolk noch anderswo eine im Nähen, Zuschneiden, Verfertigen von Damen- und Kinderkleidern, im Stricken von Perlenbeuteln, Geldbörsen u. s. w. geschicktere Person finden dürfte. Diejenigen Herren und Damen in Norfolk oder Portsmouth, welche dieses Mädchen (meines Erachtens das werthvollste in ganz Virginien) zu kaufen wünschen, können dasselbe auf mein Risico einen Monat hindurch oder noch länger auf die Probe in Dienst nehmen und, sollte obige Beschreibung nicht entsprechen, an Mr. Hall zurück schicken. Das Vergehen, weßhalb ich sie (wiewohl ungern) zu verkaufen beabsichtige, besteht darin, daß sie, von einigen farbigen Personen verführt, vor Kurzem nach dem Norden zu entweichen versuchte, was ihr jedoch mißlang. Näheres erfährt man bei dem Unterzeichneten in Suffolk.

Josef Halladay.

Ein Stockholmer Blatt erzählt folgende Anekdote: Einer unserer Gelehrten, Berzelius, kam von Palästina nach Rom und befand sich in dürftigen Umständen. Er klagte seine Noth einem der gelehrten Cardinäle, und bat ihn um eine Unterstützung. Der Cardinal rieth dem Berzelius, er solle eine kleine Partie des Strohes zum Verkaufe ankündigen, auf welchem die Mutter Gottes mit dem Kinde in Jerusalem geruht habe, und als Berzelius ihm den Einwand machte, er habe kein solches Stroh von Jerusalem mitgebracht, entgegnete ihm der Cardinal lächelnd: In Rom ist kein Mangel an altem Stroh!

Bekanntmachungen.

[193] **Diebstahls-Bekanntmachung.**

Es sind allhier nachgenannte Sachen gestohlen worden:

1) ein feines weißleinenes Schnupftuch, gez. H. M.; 2) ein Handtuch; 3) eine blauleinene Schürze, gez. H. M.; 4) Leinwand zu 3 Paar Frauenhemd-Aermeln, bereits zugeschnitten; 5) ein rothfarbenes sog. englisches Halstuch mit gelben Punkten; 6) ein bunt carrirtes kattunes Halstuch; 7) ein Paar Lederschuhe,

und wird vor deren Ankauf gewarnt.

Görlitz, den 17. März 1850.

Der Magistrat. Polizei-Verwaltung.

(178) Da bei den in Bezug auf die Zimmerarbeiten zum Bau eines Wohnhauses auf dem Holzhofe zu Hennersdorf eingegangenen Submissionen der Zuschlag nicht ertheilt werden konnte, so werden Unternehmungslustige hiermit aufgefordert, anderweitige Offerten bis zum 22. d. M. versiegelt und mit der Aufschrift:

„Submission auf die Zimmerarbeiten zum Holzhofe"

auf unserer Kanzlei abzugeben, woselbst auch Zeichnung, Anschlag und Contractsbedingungen zur Einsicht bereit liegen. Die Eröffnung der Submissionen findet Sonnabend den 23. d. M., Nachmittags 4 Uhr, im Prätorium statt. Görlitz, den 12. März 1850.

Der Magistrat.

(180) Es soll die Anfuhre der zu den diesjährigen städtischen Bauten erforderlichen Bretwaaren von dem Depot auf dem Hennersdorfer Holzhofe unter Vorbehalt des Zuschlages an den Mindestfordernden verdungen werden.

Hierzu steht **Donnerstag den 21. d. Mts., Nachmittags 2 Uhr,** auf dem Rathhause Termin an, zu welchem mit dem Bemerken eingeladen wird, daß die näheren Bedingungen im Termine publicirt werden sollen.

Görlitz, den 13. März 1850. Der Magistrat.

[191] Die im Monat Dezember 1849 und Januar 1850 mit Offizieren und Mannschaften der Stamm-Compagnien Freystädter und Löwenberger Landwehr-, sowie der Stamm-Mannschaften des Garde- und hiesigen Provinzial-Landwehr- und den Mannschaften der Depot-Abtheilung 7ten Jäger-Bataillons belegt gewesenen Hausbesitzer hiesiger Stadt werden hiermit aufgefordert, die dafür ihnen zukommenden Natural-Servis-Entschädigungsgelder

den 19., 20. und 22. März d. J.

in den Vormittagsstunden im Servisamts-Locale abzuholen. Die Säumigen haben zu erwarten, daß mit den ihnen zufallenden Entschädigungsgeldern auf ihre Kosten nach Vorschrift der Gesetze verfahren werden wird.

Görlitz, den 15. März 1850. Das Servis-Amt.

Schnellpressendruck von G. Heinze u. Comp.